

Düsseldorfer Erklärung



Erhalt des sozialen solidarischen Gesundheitswesens

Erhalt der Gesundheitsversorgung in der Stadt

Erhalt der Demokratie

Die „Düsseldorfer Erklärung“ gründet in der Diskussion von über 70 Kolleginnen und Kollegen verschiedener Berufe aus insgesamt 16 Düsseldorfer Einrichtungen des Gesundheitswesens, Krankenhäusern, Altenpflegeheimen und Schulen des Gesundheitswesens.

Sie haben sich am 7. Mai auf Initiative von verdi und verdi-Kolleg/-innen, die am St. Vinzenz-Krankenhaus den Kampf gegen die Entlassung von 32 Stationshilfen aufgenommen haben, versammelt, weil sie nicht länger bereit sind

- Entlassungen,
- Bettenabbau, Stations- und Klinikschließungen,
- Stellenabbau und Deregulierung aller Personalanhaltszahlen,
- Flexibilisierung und Arbeitshetze und damit verbunden
- die Zerstörung des Gesundheitswesens und der flächendeckenden Gesundheitsversorgung hinzunehmen.

Mit der „Düsseldorfer Erklärung“ wenden sich die Kolleginnen und Kollegen bereichsübergreifend und vereint an die Verantwortlichen in Landesregierung und Landtag. In der Situation des geplanten tausendfachen Bettenabbaus in den Krankenhäusern und im Vorfeld der Verabschiedung des Landespflegegesetzes richten die Kolleginnen und Kollegen ihre Forderungen gegen den Kurs der Aushöhlung zentraler Grundlagen zur Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsdiensten, die mit weiteren Einschränkungen bei pflegerischen, therapeutischen und ärztlichen Maßnahmen einhergehen soll.

Mit der „Düsseldorfer Erklärung“ treten die Kolleginnen und Kollegen aus bereits 16 Düsseldorfer Einrichtungen des Gesundheitswesens solidarisch ein für die Verteidigung der von Schließung und Abbau bedrohten Betten und Kliniken, für die Verteidigung der fachlich fundierten Gesundheitsversorgung in dieser Stadt.

Sie sind in dieser Auseinandersetzung solidarisch mit der Bevölkerung Düsseldorfs, die in verschiedenen Unterschriftenaktionen

- ihre Krankenhäuser gegen die Schließung verteidigt,
- die Rücknahme der ausgesprochenen Kündigungen im St. Vinzenz-Krankenhaus fordern oder
- die Privatisierung oder Schließung der städt. Altenpflegeschule zurückweist.

Die „Düsseldorfer Erklärung“ versteht sich als „Omnibus“: Alle Betroffenen sind eingeladen, ihre spezifischen Forderungen zu formulieren, um sich damit in die Kampagne zu integrieren.

Schließlich gibt die „Düsseldorfer Erklärung“ auch Erklärungsansätze zu den Ursachen der politischen Entscheidungen gegen das Gesundheitswesen. Sie soll zeigen, wer für die Entscheidungen verantwortlich ist und wer von ihnen profitiert.

Antwort-Mails bitte an: xmees@ish.de!